

## **MVO auch gegen Bauspar-Initiative II**

**Der Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz hat an seiner Mitgliederversammlung ein erfolgreiches Jahr abgeschlossen. Der Präsident Ruedi Blumer konnte einen überdurchschnittlichen Mitgliederzuwachs und einen positiven Rechnungsabschluss vermelden. Im anschliessenden Referat erläuterte Nationalrätin Hildegard Fässler die Gründe, weshalb auch die zweite Bauspar-Initiative abgelehnt werden muss.**

Vergangene Woche lud der Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz (MVO) zur ordentlichen Mitgliederversammlung. Der Präsident Ruedi Blumer konnte einen Zuwachs von 2.7% auf knapp 6000 Mitglieder vermelden, was gegenüber den anderen schweizerischen Sektionen überdurchschnittlich ist. Entsprechend hoch war auch die Nachfrage nach den Dienstleistungen des Verbandes. Insbesondere die Rechtsberatungen werden unverändert stark nachgefragt. Die Statistik wies rund 1000 persönliche, über 3000 telefonische und 550 Beratungen per E-Mail aus. Thematische „Spitzenreiter“ waren die Nebenkosten, die Mängel am Mietobjekt, die Wohnungsrückgabe und die Anpassung an den gesunkenen Referenzzinssatz. Auch finanziell steht der Verband gut da. Der Abschluss wies einen kleinen Gewinn von Fr. 10'000 aus. Alle Anträge wurden denn auch ohne grössere Diskussionen angenommen. Zum Schluss der Versammlung musste der Präsident zwei Rücktritte aus dem Vorstand vermelden. Pina Angioletta Buonanno trat nach 15 Jahren im Vorstand, zuerst in der Sektion Thurgau, dann im MVO, aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen zurück. Auch Benno Keel hatte seinen Rücktritt eingereicht. Er war seit 2003 im Vorstand des MV Appenzell A.Rh. und seit dem Zusammenschluss mit dem MV Ostschweiz in dessen Vorstand. Er bleibt aber Mietervertreter in der Schlichtungsbehörde Trogen.

### **Nein zur Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»**

Im zweiten Teil des Abends erläuterte Nationalrätin Hilde Fässler die Argumente gegen die zweite Bauspar-Initiative. Als Präsidentin des Hausvereins stehe sie grundsätzlich für Wohneigentum ein. Die Initiative verfehle aber das erklärte Ziel. Dafür gebe es drei Hauptgründe: Sie sei teuer, denn sie führe zu Steuerausfällen von 70 Mio. beim Bund und 275 Mio. in den Kantonen. Im Kanton St.Gallen wären es rund 15 Mio. Gleichzeitig schnüre man ein Sparpaket und wolle beispielsweise bei den Ergänzungsleistungen 3.2 Mio. einsparen. Weiter sei die Initiative ineffizient, weil die falschen Leute profitieren. Von Steuererleichterungen würden immer die Besserverdienenden mehr profitieren als die andern. Beim Bausparen gleich doppelt, weil sie es sich leisten können, den Maximalbetrag anzusparen und weil sie wegen der Progression mehr einsparen als Leute mit kleinerem Einkommen. Zudem könnten sich mindestens 7 von 10 Bausparern Wohneigentum auch ohne die staatliche Förderung leisten, wie eine neue Studie der Initianten darlege. Als dritten Hauptgrund führte Fässler an, dass die Initiative unnötig sei. Die Eigentumsquote könne mit dem vorgeschlagenen Mittel nicht nachweislich erhöht werden. Baselland, welches ein fast identisches Modell des Bausparens schon seit 20 Jahren praktiziere, habe keinen überdurchschnittlichen Anstieg der Eigentumsquote erzielen können. Es würde eine staatliche Subvention eingeführt, welche keine nachweisliche Wirkung erziele.

Kritische Stimmen zu den Ausführungen von Fässler gab es an diesem Abend nicht. Erstaunt zeigten sich die Anwesenden aber über die Feststellung von Fässler, dass der Initiativtext offen lässt, wie eine Nachbesteuerung aussehen würde, wenn ein Bausparer nicht baut. Es sei nirgends festgelegt, dass und zu welchem Satz die Steuereinsparungen zurückfliessen. Fässler befürchtet, dass hier einfach ein neues Steuerschlupfloch für Reiche geschaffen würde. Das Publikum wunderte sich, dass dies in der parlamentarischen Beratung nicht bemerkt wurde und regte an, es öffentlich zu machen. ■